



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)
Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen e.V.

VVN-BdA Nordrhein-Westfalen e.V. • Marktstr. 165 • 46045 Oberhausen



20. September 2023

CDU will Geld für eine Gedenkstätte streichen

Pressemitteilung der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen

Laut tagesschau.de vom 13. September ist die Weiterentwicklung von STALAG 326 zur Gedenkstätte von nationaler Bedeutung gefährdet.

— Ende Februar hat der Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossen, die Gedenkstätte Stalag 326 zu einer „Gedenkstätte von nationaler Bedeutung“ weiterzuentwickeln. Dafür wollte der Bund, das Land NRW und der Landschaftsverband Westfalen Lippe 64 Millionen Euro bereitstellen. Städte und Kreise in Ostwestfalen-Lippe sollten später ein Viertel der Betriebskosten zahlen.

In der Nähe des zwischen Bielefeld und Paderborn gelegenen Ortes Holten-Stukenbrock richtete die deutsche Wehrmacht ein sogenanntes Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlager (Stalag) ein. Im Stalag 326, eröffnet 1941, wurden hauptsächlich sowjetische Kriegsgefangene interniert. Sie wurden in Arbeitskommandos unter Menschenunwürdigen Bedingungen in den Kohlegruben, Stahlwerken und Fabriken fast überall auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalens eingesetzt. Die nicht Arbeitsfähigen verhungerten. Insgesamt gingen durch das Lager etwa dreihunderttausend Kriegsgefangene. In den vier Jahren des Bestehens des Lagers starben mehr als Sechzigtausend von ihnen.

Obwohl von allen Beteiligten über die Parteigrenzen hinweg vereinbart, berichtete Tagesschau.de am 13. September 2023, dass die CDU-Kreistagsfraktion in Gütersloh die in Aussicht gestellten Zuschüsse der Kreise und Städte in Ostwestfalen-Lippe für die neue Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Stukenbrock über die Hälfte zusammenstreichen will. Jährlich 460.000 Euro seien zu viel, 200.000 aus der Kreiskasse sollten reichen.

Durch diese Pläne – so tagesschau.de – ist das Projekt gefährdet.

Besonders perfide ist die Haltung der Fraktionschefin Birgit Ernst (CDU), die in der Verwirklichung des Projektes einen Grund für ein weiteres Erstarken der AfD sieht.

Mit diesem Vorstoß knüpft sie an die 2017 vom Faschisten Björn Höcke (AfD) geforderte erinnerungspolitische Wende um 180° an.

Wir, die VVN-BdA, appellieren dringend an alle mit diesem Erinnerungs- und Forschungsprojekt befassten Mandatsträger, sich die Haltung Günter Garbrechts vom Verein gegen Vergessen – für Demokratie zu eigen machen, nach dessen Auffassung die Gedenkstätte wichtig ist, um jungen Menschen die Folgen der Nazi-Diktatur nahe zu bringen.

Die VVN-BdA wurde 1946/47 als Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in allen vier Besatzungszonen gegründet. In ihr organisierten sich Frauen und Männer, die während der Naziherrschaft verfolgt wurden, den Holocaust überlebt, Widerstand geleistet haben oder vor dem Hitlerfaschismus fliehen mussten. Sie ist die älteste antifaschistische Organisation Deutschlands und verbindet Antifaschistinnen und Antifaschisten aller Generationen.